
7454/AB XXIV. GP

Eingelangt am 01.04.2011

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Wissenschaft und Forschung

Anfragebeantwortung



BMW.F-10.000/0023-III/4a/2011

Frau Präsidentin
des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Wien, 31. März 2011

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 7580/J-NR/2011 betreffend Telefonkosten der Ressorts für das Jahr 2010, die die Abgeordneten Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen am 2. Februar 2011 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Gesamtkosten für Telefonie (Festnetz, Mobiltelefon, Fax) betragen im abgefragten Zeitraum € 98.604,01.

Zu Frage 2:

In diesem Zeitraum wurden in der Zentraleitung 46 Mobiltelefone angeschafft. Die Anschaffungskosten beliefen sich auf € 2.213,86.

Zu Frage 3:

Durch die Nutzung aller dienstlichen Mobiltelefone entstanden im Jahr 2010 Kosten in Höhe von € 75.065,28.

Zu Frage 4:

In der Zentraleitung verfügten zum Stichtag 1. Jänner 2011 139 MitarbeiterInnen über ein dienstliches Mobiltelefon.

In den nachgeordneten Dienststellen verfügen folgende MitarbeiterInnen über ein dienstliches Mobiltelefon:

Geologische Bundesanstalt	0
Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik	0
Österreichisches Archäologisches Institut	4
Institut für Österreichische Geschichtsforschung	0
Historisches Institut Rom/Madrid	0
Wissenschaftsrat	0
Fachhochschulrat	0
Studienbeihilfenbehörde	16
Psychologische Studentenberatung	0

Zu Fragen 5 und 6:

Im Ministerbüro stehen meinen MitarbeiterInnen derzeit 15 Mobiltelefone zur Verfügung. Die Kosten hierfür sind in den Allgemeinkosten für Telefonie inkludiert, da für einzelne Mobiltelefone keine eigene Kostenstelle existiert; eine Herausrechnung der Beträge würde einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand bedeuten.

Zu Fragen 7 und 8:

Durch die Nutzung des Produktes "Mitarbeiterzusatzrechnung" wird eine private Nutzung von dienstlichen Mobiltelefonen entgeltlich ermöglicht. Es existieren entsprechende dienstliche Anweisungen, bei privaten Nutzungen so vorzugehen, dass keine Kostenbelastung des Ressortbudgets entsteht.

Die Bundesministerin:
Dr. Beatrix Karl e.h.